

Projekte politischen Handelns

(kg). Das Interesse vieler Jugendlicher am politischen Geschehen ist gering. Dazu tragen das Umfeld der Jugendlichen und die Politik, aber auch ein Politikunterricht bei, in dem vorwiegend trockene Fakten über politische Ereignisse vermittelt werden. Die Chance, mitzubestimmen, Verantwortung zu übernehmen und aktiv zu handeln, eröffnet dagegen einen neuen und anderen Zugang zur Politik.

„Jetzt verstehe ich endlich, warum es so lange dauert, bis ein Gesetz im Bundestag verabschiedet wird“, sagt der 18-jährige Kay Munkewitz aus Brandenburg. Mit seinen Mitschülern aus dem Wahlkurs Politische Bildung nahm er am Planspiel des Deutschen Bundestages „Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren“ teil. Dabei schlüpfen die Schüler in die Rollen von Bundestagsabgeordneten und verfolgen auf der Basis vorbereiteter Lebensläufe und Parteipositionen ihre Ziele. Wie im wirklichen politischen Leben erarbeiten sie Positionen in Fraktionssitzungen, konstituieren ein Parlament, nehmen zum Gesetzesentwurf Stellung in den Ausschüssen und präsentieren ihre Positionen in den Plenardebatten. Ob ein Gesetz am Ende verabschiedet wird und was genau darin steht, bestimmen die Teilnehmer selbst durch ihre Verhandlungen und Abstimmungen.

Themen aus der Welt der Jugendlichen

Die Themen haben einen Bezug zur Lebenswelt der Jugendlichen und werden vom Besucherdienst des Deutschen Bundestages vorgegeben. Beispielsweise geht es um Alkopops oder ein Wahlrecht für Jugendliche unter 18 Jahren. Die Schüler aus Brandenburg beschäftigten sich mit der Einführung eines allgemeinen Pflichtdienstes für Männer und Frauen. „Ich interessiere mich jetzt viel mehr für Politik“, sagt Kay, der das Georg Mendheim Oberstufenzentrum besucht. In den Räumen Position zu beziehen, wo auch richtige Politiker arbeiten, war für ihn eine besondere Erfahrung. Er kann sich sogar gut vorstellen, nach seinem Studium in der Politik zu arbeiten. Politiklehrer Dieter Starke meldete seine Schüler bei dem Planspiel an, weil sie selber aktiv werden sollten. „Das ist eine super Methode, weil sie einen lebendigen Zugang zu trockenen und komplexen Themen ermöglicht“, sagt er. Regelmäßige Auswertungen des Planspiels belegen, dass Jugendliche anschließend politische Abläufe besser nachvollziehen können und sich ebenfalls mehr für diese interessieren. Die Politikverdrossenheit vieler Jugendlicher führt Kay Wahlen, der Referatsleiter des Besucherdienstes, auf Unverständnis und mangelndes Wissen über politische Prozesse zurück. Da im Jahr nur hundert

Planspiele für Klassen zur Verfügung stehen, sei das Angebot nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Schüler kommen freiwillig, sind politischen Themen gegenüber aufgeschlossen. Für eine bessere Vermittlung von Politik in den Schulen würde Wahlen im Deutschen Bundestag gerne ein Planspiel für Lehrer anbieten.

Politikinteresse der Jugendlichen sinkt

Nach der aktuellen Shell Jugendstudie besitzen Jugendliche im Alter von 15 und 24 Jahren kein ausgeprägtes Interesse an Politik. Der Anteil der politisch Interessierten ist von 57 Prozent im Jahr 1991 auf 39 Prozent gesunken. Das geringste Vertrauen wird den politischen Parteien entgegengebracht, als vertrauenswürdig werden Menschenrechts- oder Umweltschutzgruppen eingeschätzt. Jugendliche setzen sich lieber für soziale oder gesellschaftliche Zwecke ein, in Vereinen, Schulen oder Hochschulen. Engagiert sind vor allem Jugendliche aus gutem Elternhaus.

Konkrete Fälle diskutieren

Jugendliche an die Arbeit im Parlament und an politische Themen heranführen will auch das Onlineportal „mitmischen“ des Bundestages. Informieren können sich Jugendliche über Beruf, Schule und Bundeswehr genauso wie über Afrika und den Klimawandel. „Um Schüler und jun-



Schüler schlüpfen in die Rollen von Bundestagsabgeordneten und lernen so beispielsweise, ob und wie ein Gesetz verabschiedet wird.

Medientipp

Spiegel und Klett bündeln ihre Kompetenzen: Unter ‚spiegel@klett‘ erscheinen aktuelle, zum Teil kontrovers diskutierbare Themen in informativen und ansprechend gestalteten Unterrichtsmagazinen. Gerade erschienen sind die Themenhefte „Nahost“ und „Marktwirtschaft“.

Weitere Hefte behandeln die Themen Energie, Globalisierung, Gewalt, Arbeit, Wasser für alle, Einwanderungsland Deutschland, Terrorismus, Krieg und Frieden, Migration sowie Gentechnik.

ge Erwachsene zu erreichen, müssen die Themen jugendgerecht aufgemacht sein“, berichtet Hartwig Bierhoff, der Referatsleiter Online-Dienste. Pro Stunde würden sich 60 bis 120 Jugendliche interaktiv an dem Portal beteiligen. Gerade wenn Jugendliche dem politischen Geschehen ablehnend gegenüberstehen, ist es laut Politiklehrer Dieter Starke wichtig, über konkrete Fälle zu diskutieren, von denen sie betroffen sind. Beispielsweise, wenn ein Jugendclub geschlossen oder eine Buslinie abgeschafft werden soll. Er lädt Politiker auch in die Schule ein oder fährt mit seinen Schülern in den Kreistag, damit sie mit den Verantwortlichen diskutieren können. „Viele Schüler begegnen Politikern mit Vorurteilen, halten sie für Leute, die viel Geld verdienen, ohne etwas dafür zu tun“, sagt Starke. Gründe dafür seien Unwissenheit und das Gefühl, dass sich Politik außerhalb ihrer Lebenswelt abspielt.

Mehr Mitgestaltung für Jugendliche

Um die aktive Auseinandersetzung von Schülern mit politischen Themen zu fördern, veranstaltet die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) jährlich einen Schülerwettbewerb. Schüler bis zur elften Klassenstufe sollen im Unterricht als ganze Klasse oder Kurs aktuelle gesellschaftsrelevante Themen in einem selbst organisierten Projekt behandeln. Gut angenommen werden vor allem Themen, zu denen Schüler einen Zugang haben, wie Kinderarmut oder die eigene Region. Neben zahlreichen Unterrichtsmaterialien, Planspielen, dem Wahl-O-Mat, der Jugendliche vor Bundes- und Landtagswahlen informiert, und dem Jugendmagazin „fluter“ veranstaltet die bpb gemeinsam mit dem Familienministerium und dem Deutschen Jugendring ein „Aktionsprogramm Jugendbeteiligung“. Unter dem Motto „Nur wer was macht, kann auch was verändern“ können Kinder und Jugendliche bis 2009 ihre Vorstellungen, Änderungswünsche und Bedürfnisse mit verantwortlichen Personen aus Politik und Gesellschaft diskutieren. In Diskussionen, Seminaren und Workshops setzen sich die Teilnehmer mit dem demographischen Wandel, jugendlichem Engagement, Bildung,

der Europäischen Verfassung und der Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen auseinander. „Wenn wir Jugendliche für Politik interessieren wollen, so sollten wir bei den Lebenswelten der Jugendlichen ansetzen“, sagt Thomas Krüger, Präsident der bpb. Da Jugendliche zwar Desinteresse an der Politik zeigen, sich aber in ihrem sozialen Umfeld, in Schulen und Vereinen engagieren, fordert Krüger für Jugendliche dort mehr Raum für Mitgestaltung. „Die Organisationen der Bürgergesellschaft können so zu Lernorten für Bürgerkompetenzen und Generatoren für politisches Interesse werden“, so Krüger. Er weist außerdem darauf hin, dass Politik mehr sei als Parteienpolitik.

Lernen durch Mitbestimmung an Schulen

Prof. Wolfgang Edelstein, emeritierter Direktor am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin, kritisiert, dass in Deutschland Schüler meist mittels Lehrbücher und Frontalunterricht politische Handlungssysteme kennenlernen würden. Dies funktioniere nur an Gymnasien mit motivierten und interessierten Schülern, die bereits durch ihre Eltern an Politik herangeführt wurden. „Nicht das Lernen über, sondern durch Demokratie eröffnet einen Zugang zur Politik“, sagt Edelstein. Er fordert, dass Kinder und Jugendliche Abläufe in der Schule mitbestimmen, sich daran beteiligen und Verantwortung übernehmen. Die Schule selbst solle eine politische Einrichtung sein. Dazu beitragen können Instrumente wie der Klassenrat, in dem Klassensprecher die Anliegen der Schüler vortragen, ein Feedback-System, das Schülern und Lehrern hilft, sich selbst einzuschätzen und die Möglichkeit eröffnet, Kritik zu äußern, sowie Service Learning – hier arbeiten Schüler in selbst gewählten, sozialen Projekten mit und behandeln ihr Engagement im Unterricht. «

Kompakt

Nicht nur die schulischen Leistungen junger Menschen hängen von ihrer Herkunft ab, sondern auch ihr politisches Interesse. Zusätzlich erschweren veraltete Unterrichtsmethoden vielen Schülern den Zugang zu politischen Zusammenhängen. Projekte politischen Handelns – auch über die demokratischen Strukturen in der Schule – zeigen, dass es auch anders geht. Wenn dieser Gesellschaft der demokratische Nachwuchs nicht ausgehen soll, müssen Kinder und Jugendliche lernen können, Verantwortung zu übernehmen, zu diskutieren, sich durchzusetzen, aber auch die Standpunkte anderer gelten zu lassen.

Ansprechpartnerin

Janna von Greiffenstern

Telefon 07 11-66 72-15 35, j.v.greiffenstern@klett.de